© NZZ AG

Am Ende des Lateins

Wenn es Zeit ist, die Koffer zu packen – die russische Intelligenzia steckt in einer tiefen Krise

Der russische Präsident Putin übt seit neustem auch in Syrien das aussenpolitische Hasardspiel, doch innenpolitisch sitzt er trotz Wirtschaftskrise fest im Sattel. Die demokratische Opposition hat das Nachsehen, der Nimbus der Intelligenzia ist verblasst.

ULRICH M. SCHMID

Nur wenige Wörter schaffen es aus dem Russischen in das Vokabular der westlichen Sprachen. «Intelligenzia» ist eines davon. Mit diesem Begriff wird in Russland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jene gebildete Gesellschaftsschicht bezeichnet, die nicht zur Aristokratie gehört und sich zum Anwalt des einfachen Volks macht. Die russische Intelligenzia begreift sich seit je als geistige Elite der Nation. Dazu gehört vor allem eine sorgsam gewahrte Distanz zur politischen Macht. Jeder Denker oder Autor, der sich im Dunstkreis der odiösen Herrschaft bewegt, verliert sofort seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit.

Wellen der Emigration

Für die russische Intelligenzia war das politische Lied stets ein garstiges Lied. Man versuchte sich jenseits des Parteiengeplänkels für das Wohl des Volkes und die Kultur der Nation einzusetzen. Allerdings stellten sich bald zwei Probleme: Erstens war gar nicht klar, ob das Volk die Intelligenzia überhaupt als ihr Sprachrohr akzeptieren würde. Zweitens zeigte sich spätestens im Vorfeld der Revolutionen des Jahres 1917, dass die Intelligenzia nicht fähig war, sich auf produktive Weise in die anstehenden Reformprozesse einzubringen.

Im Sowjetstaat gab es keinen Platz für eine gebildete und unabhängig denkende Gesellschaftsschicht. Die geistige Selbstverstümmelung der russischen Nation wurde von den Bolschewiken generalstabsmässig organisiert. Auf Lenins persönliches Geheiss wurden einflussreiche Intellektuelle des Landes verwiesen. Im September 1922 verliess das erste «Philosophenschiff» mit über hundert Ärzten, Professoren, Ökonomen, Juristen und Schriftstellern den Hafen von Petrograd, zwei Monate später folgte ein zweites. Neben solchen Zwangsaktionen gab es drei Wellen der selbstgewählten Emigration: nach der Oktoberrevolution, nach dem Zweiten Weltkrieg und in den siebziger Jahren. Insgesamt wanderten im 20. Jahrhundert mehrere Millionen vor allem gut gebildeter Russen in den Westen aus.

Wer aber als Intellektueller in der Sowjetunion blieb, konnte auf ein hohes Sozialprestige zählen. Der Preis für diese eminente Position war aber in der Regel sehr hoch. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 gingen sieben Demonstrierende auf den Roten Platz, unter ihnen die Lyrikerin Natalja Gorbanewskaja. Sie wurden verhaftet und zu drakonischen Strafen verurteilt. Allein schon der Widerstand gegen das ungerechte Sowjetregime verlieh der Intelligenzia den Nimbus eines hohen Ethos und kritischer Urteilsfähigkeit. Sprichwörtlich waren die nächtelangen Diskussionen an Küchentischen in engen Plattenbauwohnungen. Erörtert wurden das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die soziale Verantwortung des Einzelnen und natürlich auch das politische Engagement von Literatur und Kunst.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion büsste die russische Intelligenzia diesen eminenten Status schnell ein. Die literarische Öffentlichkeit wollte keine Räsonnements über eine gerechtere Gesellschaft hören, sondern interessierte sich für postmoderne Textexperimente ohne aufdringlichen Wirklichkeitsbezug. 1998 veröffentlichte Masha Gessen, selbst eine engagierte Journalistin, eine kritische Momentaufnahme der russischen Intelligenzia unter dem programmatischen Titel «Dead again». In ihrem Buch prangerte sie das erneute Versagen der Intellektuellen während des Umbruchs der neunziger

© NZZ AG

Jahre an: Statt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einzusetzen, habe sich die gebildete Elite auf die Erfüllung der eigenen Konsumwünsche gestürzt.

Medien unter der Knute

Das ideologische Vakuum, das sich durch den selbstverschuldeten Rückzug der Intelligenzia aus der gesellschaftspolitischen Diskussion ergab, wurde seit 2000 vom erstarkenden Staat aufgefüllt. Die Administration Putin erkannte schnell, dass Kultur nicht einfach nur einen lästigen Budgetposten im Staatshaushalt darstellt, sondern eine zentrale Rolle bei der Festigung der Regierungsmacht spielt. Unter Putin wurde die ohnehin schwächelnde Intelligenzia immer weiter an den Rand gedrängt und ihrer Publikationsforen beraubt. Alle Fernsehkanäle wurden bereits in der ersten Amtszeit Putins unter staatliche oder staatsnahe Kontrolle gebracht (in einem Fall wurde Russland wegen seiner mafiösen Enteignungsmethoden sogar vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt).

Letztes Jahr wurde ein neues Mediengesetz verabschiedet, das die erlaubte ausländische Beteiligung an russischen Medien von 50 Prozent auf 20 Prozent reduziert. Betroffen davon sind vor allem die regierungskritischen Periodika «Forbes» und «Wedomosti». Bisher haben sich CNN, Axel Springer, Edipresse und Sanoma aus dem russischen Mediengeschäft zurückgezogen. Das deutsche Verlagshaus Burda, das in Russland hauptsächlich unpolitische Titel wie den «Playboy» oder Frauenzeitschriften vertreibt, will sich hingegen an die neue Gesetzgebung anpassen. Betroffen davon sind vor allem das Wirtschaftsmagazin «Forbes» und die regierungskritische Zeitung «Wedomosti».

Im inländischen Printsektor ist die einzig verbliebene Oppositionszeitung, «Nowaja Gaseta», bedroht: Im Oktober 2014 wurde die Zeitung von der Aufsichtsbehörde Roskomnadsor verwarnt, weil sie die antiwestliche Propaganda des Putin-Regimes mit Hitlers Kulturpolitik verglichen hatte. Im Juli 2015 erhielt «Nowaja Gaseta» eine zweite Verwarnung wegen der Publikation eines Romanauszugs mit Schimpfwörtern, die seit dem 1. Juli 2014 nicht mehr in den Massenmedien verwendet werden dürfen. Nun könnte Roskomnadsor die gerichtliche Schliessung der Zeitung erwirken. Auch andere Medien bekommen den verschärften Kurs zu spüren: Die unabhängige Kultur-Website «colta.ru» wurde wegen der Publikation eines Gedichts mit nichtstandardsprachlicher Lexik verwarnt, die Radiostation Hier spricht Moskau wegen eines Beitrags über Stringer. Besonders problematisch ist die Verwarnung des Newsportals Znak.com, das in einem Bildbeitrag syrische Rebellen beim Trampeln auf einer russischen Nationalflagge gezeigt hatte. Bei einer zweiten Verwarnung muss das Blatt schliessen.

Unterstützung erhält die Regierung von ultranationalistischen Schriftstellern. Pawel Krusanow forderte in seinem Essay «Die Früchte der Küchenzivilisation» (2002) sogar ein Berufsverbot für freischaffende Intellektuelle: «Wenn man von der Reform der Armee sprechen kann, dann ist es auch am Platz, von der Reform der Intelligenzia zu sprechen. Von beiden hängt, wie immer man es auch wendet, die Sicherheit des Staates ab. Die Intelligenzia muss zum Staat in ein Vertragsverhältnis treten, von allen abstrakten Gedanken über das Wohl des Volkes und die irdische Gerechtigkeit Abstand nehmen und einfach gut und verantwortungsvoll jene Arbeit ausführen, die ihr aufgegeben ist. Eigentlich kann man als Intelligenzia nur jenen Teil betrachten, der zu dieser Zeit im Dienst des Staates steht und seine Aufträge ausführt. Der Rest ist Reserve. Alle übrigen Formen der Existenz der Intelligenzia können im Prinzip als illegale militärische Formationen betrachtet werden.»

Absage an den Liberalismus

Krusanow ist ein Scharfmacher, der 2001 in einem offenen Brief an Putin die Eroberung Zargrads, des heutigen Istanbul, empfohlen hatte. Seine rabiaten Vorschläge wurden natürlich nicht umgesetzt. Aber mit Wladimir Medinski ist heute ein Kulturminister im Amt, der die Kultur als «gemeinsame Schaffenstätigkeit des Staates, der Zivilgesellschaft und der Künstler» betrachtet. In einem Artikel, der im Juni in der regierungsnahen Zeitung «Iswestija» erschien, erteilte Medinski einer liberalen staatlichen Kulturpolitik eine klare Absage. Er kritisierte, dass die Künstler im Grunde genommen Verhältnisse wie unter Stalin wollten, nur ohne Stalin: Der Staat solle für alles bezahlen, aber sich überhaupt nicht in die Kulturproduktion einmischen. Medinski steht für die Gegenposition: Die staatlich geförderte Kultur ist heute in Russland offiziell Teil der nationalen Sicherheitsstrategie. Künstler, Staat und Gesellschaft müssen für die gleichen Werte einstehen und so das gemeinsame nationale Projekt vorantreiben. Medinski zeigt auch gleich selbst auf, wie ein solches Engagement auszusehen hat: Wie die offizielle Pressemitteilung unterstreicht, war er während seiner Privatferien Gast an der Frankfurter Buchmesse und präsentier-

© NZZ AG

te seinen patriotischen Roman «Die Wand» (2012), der in Russland mittlerweile eine Auflage von einer Million erreicht hat.

Die neue Gleichschaltung lässt sich sogar soziologisch beschreiben. Im Februar erforschte das unabhängige Levada-Zentrum die Rangordnung der einflussreichsten Akteure in der russischen Gesellschaft. Auf Platz eins stand bei dieser Umfrage – wenig überraschend – der Präsident, dann folgten der Geheimdienst, die Armee, die Präsidialverwaltung und die Oligarchen. Weit abgeschlagen fand sich auf dem zwanzigsten Platz die Intelligenzia, gerade noch vor den Gewerkschaften, die das Schlusslicht bildeten.

Die Annexion der Krim hat die russische Intelligenzia tief gespalten. Sogar eingeschworene Putin-Gegner wie Alexei Nawalny, Eduard Limonow oder Sachar Prilepin beklatschen die «Wiedervereinigung» der Halbinsel mit Russland. Radikal kritische Stimmen zur gegenwärtigen Lage finden sich nur vereinzelt – sie gehören prominenten Autoren wie Dmitri Bykow oder Ljudmila Ulitzkaja. Traditionell hat sich die Intelligenzia mit zwei «verfluchten Fragen» auseinandergesetzt: Wer ist schuld? Was tun? Momentan sieht es so aus, dass die russische Intelligenzia nicht nur keine Antworten auf diese Fragen hat, sondern sich in eine Abstimmung mit den Füssen über eine dritte Frage flüchtet: Wann ist es Zeit zu gehen? Im Krisenjahr 2014 kehrten 250 000 Russen ihrem Heimatland den Rücken, 2010 waren es noch 30 000 gewesen.